

Globale Hungerkrise: Die Bundesregierung muss jetzt handeln!

Ein Appell an die deutsche Politik

Die akute globale Ernährungsunsicherheit hat sich zwischen 2016 und 2024 laut der [Food and Agriculture Organization \(FAO\)](#) fast verdreifacht. Mehrere Belastungen treffen nun auf eine ohnehin angespannte Ernährungslage und drohen, Ernten zu vernichten und Preise in die Höhe zu treiben. Die Lage erlaubt keine Verzögerung. Werden Mittel erst aufgestockt, wenn Preise explodieren und Ernten einbrechen, kommt Unterstützung oft zu spät – und kostet mehr. **Der Deutsche Naturschutzring (DNR), die Klima-Allianz Deutschland und der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) fordern die Bundesregierung auf, sofort zu handeln.**

Konflikte und Vertreibung verursachen seit langem Hungerkrisen. Hinzu kommen vermehrt die Folgen der Klimakrise: Sie macht Hitzewellen, Dürren und Starkregen häufiger und heftiger, zerstört Ernten und treibt die Preise. Ein [starker El Niño](#) erhöht das Risiko von Ernteaussfällen. Gleichzeitig treiben von den Kriegen in der Golfregion verursachte Störungen im Schiffsverkehr wie in der Straße von Hormuz oder der Meerenge Bab al-Mandab die Kosten für Energie, Transport und Düngemittel. Viele Länder kämpfen zudem mit hohen Schulden und steigenden Importkosten, was ihre Möglichkeiten einschränkt, die Bevölkerung vor den Folgen der Preissteigerungen zu schützen. In einkommensschwachen, importabhängigen Staaten werden die Menschen die kommenden Preissprünge und Ernteaussfälle kaum bewältigen können. Je länger Gegenmaßnahmen ausbleiben, desto größer wird die Gefahr, dass Hungerkrisen eskalieren und Menschenleben kosten.

Folgende Maßnahmen der Bundesregierung sind deshalb dringend geboten:

- 1. Humanitäre Hilfe und Ernährungssicherung verlässlich finanzieren:** Die geplanten Kürzungen im Haushalt 2027 müssen zurückgenommen werden. Stattdessen braucht es eine Finanzierung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.
- 2. Akut helfen und regionale Versorgung stärken:** Die Bundesregierung muss lokale und regionale Lieferketten fördern. Für akut Betroffene sind Bargeldhilfen und gezielte Ernährungsprogramme nötig.
- 3. International abgestimmt vorgehen:** Deutschland sollte beim Montag beginnenden Treffen des Welternährungsausschusses der Vereinten Nationen sowie im G7- und G20-Rahmen vorrausschauende, koordinierte Maßnahmen vorantreiben – gemeinsam mit Partnerländern in Afrika, Asien und Lateinamerika.
- 4. Landwirtschaft krisenfester machen:** Es gilt resilientere, menschenrechtsbasiertere Ernährungssysteme zu fördern – durch bessere Bodenfruchtbarkeit, Agroforstwirtschaft und ökologische Anbausysteme, die Stärkung kleinbäuerlicher Betriebe und regionaler Märkte.

Eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung steht hinter diesem Engagement: Laut einer [repräsentativen Forsa-Umfrage](#) wünschen sich 77 Prozent, dass die Bundesregierung den globalen Hunger bekämpft.

Deutschland hat das politische und wirtschaftliche Gewicht, um die Hungerkrise einzudämmen. DNR, Klima-Allianz und VENRO fordern die Bundesregierung auf, dieses Gewicht jetzt zu nutzen.